



Kurzferien im Appenzellerland sollen dem Schweizer Gastropersonal zu einem Tapetenwechsel verhelfen.

Bild: PD

«Chopflöfte» zum Spezialpreis

Ausserrhoder Hoteliers ermöglichen dem Gastropersonal vergünstigte Ferien.

Karin Erni

Viele Beschäftigte in der Gastronomie sind wegen des Lockdowns in Kurzarbeit. Die Zukunftsaussichten der Branche sind ungewiss. Die Situation schlägt vielen Menschen auf die Psyche. Adrian Höhener, Geschäftsführer des Hotels Linde in Heiden, will Gegensteuer geben. Er hat unter dem Namen «Chopflöfte» eine Idee lanciert, wie gebeutelte Gastromitarbeitende Kurzferien im Appenzellerland zu Vorzugspreisen geniessen können.

«Wir wollen damit ein positives Zeichen setzen. Viele Mitarbeitende haben wegen der Kurzarbeit nur 80 Prozent des Lohns und können sich keine teuren Ferien leisten. Die Aktion Chopflöfte soll ihnen trotzdem eine Auszeit in einer neuen Um-

gebung ermöglichen», sagt Höhener. Das Appenzellerland sei für viele Schweizer noch immer ein weisser Fleck auf der Landkarte. «Derzeit gibt es hierzulande viele Möglichkeiten, sich an der frischen Luft zu betätigen, wie beispielsweise mit Langlauf oder Schneeschuhlaufen.» Doch auch wer selbst aus dem Appenzellerland stamme, könne immer wieder unbekannte Ecken entdecken. Nicht zuletzt sei es in der Gastrobranche wichtig, den Zusammenhalt zu stärken. «Durch diese Aktion lernen sich bei uns Leute aus unterschiedlichen Landesteilen kennen. Sie können den persönlichen Austausch pflegen und Netzwerke bilden», so Höhener.

«Erfreulicherweise haben sich sechs Ausserrhoder Beherbergungsbetriebe auf unseren Aufruf gemeldet», sagt Adrian

«Wir wollen damit ein positives Zeichen setzen.»



Adrian Höhener
Initiant «Chopflöfte»

Höhener. Es sind dies die Hotels Appenzellerhof Speicher, Bären Grub, Krone Urnäsch, Linde Teufen, Sternen Bühler und Säntis – das Hotel auf der Schwägalp. Natürlich beteiligt sich auch die «Linde» Heiden an der Aktion.

Solidarität innerhalb der Branche

Alle Angebote sollen für die Hotels kostendeckend, aber für Gastromitarbeitende mit tiefen Löhnen dennoch attraktiv sein. Die Hotels betonen in einer Mitteilung, dass mit der Aktion keinesfalls der Anschein geweckt werden soll, dass sie auf der einen Seite über die wirtschaftlichen Umstände klagen und auf der anderen Seite die Zimmer zu «Spottpreisen» verkaufen. Es gehe um die Solidarität innerhalb der Branche. Die teilneh-

menden Hotels sind überzeugt, dass Kurzferien im Appenzellerland dem Gastropersonal zum nötigen Tapetenwechsel verhelfen. «Appenzell Ausserrhoden ist mit dem ländlich geprägten Hinterland, dem stadtnahen Mittelland und dem weltoffenen Vorderland von einer hohen kulturellen und landschaftlichen Vielfalt geprägt. Mit dem Schnee lässt sich zudem eine vermeintlich bekannte Region nochmals komplett neu entdecken.»

Die Aktion ist den ganzen Monat Februar gültig. Mitarbeitende aus der Gastronomie und Hotellerie der ganzen Schweiz können die Angebote direkt bei den teilnehmenden Betrieben per E-Mail oder Telefon anfragen und buchen. Als Nachweis ist eine Arbeitgeberbescheinigung oder eine Kopie des Arbeitsvertrages notwendig.

Die Sozialhilfequote bleibt stabil

1289 Personen haben 2019 in Ausserrhoden mindestens einmal eine finanzielle Leistung erhalten.

Im Vergleich zum Vorjahr bleibt die Anzahl Personen in Ausserrhoden, die 2019 mindestens einmal eine finanzielle Leistung der wirtschaftlichen Sozialhilfe erhalten haben, praktisch unverändert. Das teilte die Kantonskanzlei am Freitag mit. Mit 1289 Personen nahm die Anzahl um 9 zu. Die Sozialhilfequote lag bei 2,3 Prozent und damit weiterhin unterhalb der gesamtschweizerischen Quote von 3,2 Prozent.

Die Bevölkerungsgruppen, welche gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung besonders häufig Sozialhilfe bezogen, blieben unverändert: Kinder und Jugendliche (Sozialhilfequote von 3,9 Prozent), Geschiedene (3,5 Prozent) sowie Perso-

nen mit ausländischer Nationalität (7 Prozent) hatten ein überdurchschnittliches Sozialhilferisiko. Dies entspricht den Risikogruppen auf der Ebene Schweiz. Betrachtet man die Entwicklung der Sozialhilfequoten der letzten vier Jahre nach Altersklassen, so zeigt sich für Personen zwischen 26 und 35 Jahren eine Zunahme des Sozialhilferisikos. Der in den letzten Jahren starke Anstieg in der Altersgruppe der 56 bis 64-Jährigen hat sich 2019 nicht fortgesetzt. Die Quote blieb laut Mitteilung bei 1,7 Prozent.

Einelternfamilien sind besonders betroffen

Kinder und Jugendliche hatten mit einer Quote von 3,9 Prozent

gegenüber allen anderen Altersgruppen ein erhöhtes Sozialhilferisiko. Von den 392 Kindern und Jugendlichen in der Sozialhilfe lebten knapp 54 Prozent der Minderjährigen in Einelternfamilien, 36 Prozent in Zweielternfamilien. Der hohe Anteil an Einelternfamilien in der Sozialhilfe zeigte sich auch an deren Haushaltsquote. Fast ein Viertel aller Einelternfamilien im Kanton wurde von der Sozialhilfe unterstützt. Wie auch schweizweit waren im Kanton über 93 Prozent aller Einelternfamilien Frauen mit einem oder mehreren Kindern. Über die Hälfte der Erziehungsberechtigten in Einelternfamilien (53 Prozent) waren als Nichterwerbspersonen klassifi-

ziert, knapp ein Drittel (29 Prozent) waren erwerbstätig. Letztere arbeiteten vor allem Teilzeit, nur 5 Prozent arbeiteten Vollzeit. Bei Zweielternfamilien ist das Sozialhilferisiko deutlich geringer, die Haushaltsquote betrug nur 1,2 Prozent.

Die Zahlen 2019 bei der Alimentenbevorschussung zeigen, dass die Quote nochmals leicht gesunken ist, von 0,63 im Vorjahr auf aktuell 0,58 Prozent. Damit liegt sie auf einem neuen Tiefstand seit 2012. Dieselbe Tendenz zeigt sich auf schweizerischem Niveau.

Auswirkungen der Covid-19-Krise

«Anhand der Sozialhilfestatistik seien noch keine Aussagen zu

den möglichen Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die Sozialhilfe möglich, heisst es in der Mitteilung. Die Daten für 2020 liegen erst Ende 2021 vor. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) beobachtet hingegen anhand eines Monitorings die Entwicklung der Fallzahlen in verschiedenen kantonalen, regionalen und kommunalen Sozialdiensten.

Diese indixierten Fallzahlen zeigen, dass zu Beginn der Krise ein leichter Anstieg der Fälle bemerkbar war, diese aber Ende November 2020 wieder auf dem Niveau des Vorjahres lagen. Aus dem Kanton Appenzell Ausserrhoden beteiligt sich die Gemeinde Herisau an diesem Monitoring.» (red/kk)

Leserbrief

Absolut unehrenhaft

«Impfdrängelei wird nicht goutiert»,
Ausgabe vom 29. Januar

Dass sich neun Mitglieder der erweiterten Geschäftsleitung des Ausserrhoder Spitalverbundes zum jetzigen Zeitpunkt haben impfen lassen, ist absolut unehrenhaft, ja eine Frechheit gegenüber all jenen aus der Risikogruppe, die auf eine Impfung warten.

Mein Mann, 83 Jahre alt, mit schweren Herzproblemen, bekam am Samstag, 23. Januar, einen Anruf der Corona-Hotline, sie hätten für ihn am darauffolgenden Donnerstag, 28. Januar, in Heiden einen Impftermin. Die Freude bei uns war gross, reichte aber nur bis zum Dienstag. Da kam die Nachricht der Hotline, dass sie leider nicht genügend Impfstoff hätten. Nun warten wir einen ganzen Monat länger.

Als ich den Artikel in der Zeitung las, kochte in mir die Wut hoch. Die Begründung, es gäbe zu wenig Impfwillige, ist zur Zeit kaum plausibel, nein ein Hohn! Mit einigen Telefonaten hätte man bestimmt Impfwillige gefunden. Da wir uns an die Weisung des Bundesrates «Bleiben Sie zu Hause» halten, hätte mein Mann innerhalb einer halben Stunde in Heiden sein können.

Sollte es wahr sein, dass angebrochene Ampullen aufgebraucht werden mussten, dann sollte die Organisation der Impfungen schleunigst überdacht werden. Ich meine, es sollte möglich sein, die entsprechende Zahl Leute zur Impfung aufzubieten, dass am Ende des Tages alle Ampullen leer sind.

Maria Barbara Barandun,
9042 Speicher

FDP gegen Verhüllungsverbot

Parolen Die Delegiertenversammlung der FDP Ausserrhoden fand am Donnerstag digital statt. Die Freisinnigen fassten die Parolen für die nationalen Abstimmungen am 7. März. Das Verhüllungsverbot fiel bei 2 Ja- und 34 Nein-Stimmen klar durch. Die Pro-Seite vertrat der St. Galler SVP-Nationalrat Mike Egger. Er griff auch zu markigen Worten. Burka und Niqab seien keine normalen Kleidungsstücke, sondern die Uniform des Salafismus. Eggers Gegenspieler, Andrea Caroni, sprach davon, dass das Egerkinger Komitee einem Schreckgespenst nachjage, weil es in der Schweiz weder Probleme mit Burkanoch mit Niqab-Trägerinnen gebe. Die aktuellen Gesetze würden zudem ausreichen, sagte der FDP-Ständerat. Es sei auch nicht Aufgabe des Staates, Kleidervorschriften zu erlassen. Deutlich Ja sagt die FDP zum Gesetz über die elektronischen Identifizierungsdienste und zum Freihandelsabkommen mit Indonesien. (red)